

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion und des Agl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-Beilagen, "Elektrischen Beilage" bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. zuzüglich Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Bierundschzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorn. 10 Uhr angenommen, großes und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Wiederholung eingetragener Anzeigen keine Gewähr.

Für den Monat März

nehmen alle Postanstalten und Landbriefträger, sowie die Geschäftsstelle und alle Austräger des „Sächsischen Erzählers“ Bestellungen entgegen.

Der „Sächsische Erzähler“, welcher täglich erscheint, mit 4seitiger belletrist. Beilage, welche jeden Mittwoch und Sonnabend beigelegt wird, kostet wie bisher 50 Pf. monatlich, wenn man ihn in der Geschäftsstelle oder von einem Postamt abholt, wenn er durch den Briefträger ins Haus gebracht wird 58 Pf., durch die Austräger frei ins Haus 55 Pf. monatlich.

Wer schnell und zuverlässig über wichtige Ereignisse in der Stadt, in der engeren Heimat, im deutschen Vaterland und darüber hinaus unterrichtet sein will, wer eine Geist und Gemüt anregende Lektüre wünscht, der bestelle den „Sächsischen Erzähler“, der seiner Bedeutung und Verbreitung nach das

Hauptblatt des Amtsgerichtsbezirks Bischofswerda

und im Hinblick auf die sorgfältige Bearbeitung des redaktionellen Stoffes und auf die Fülle des Gebotenen ein beliebtes und gern gelesenes Blatt ist.

Die Geschäftsstelle.

Das politische Rätselspiel in Oesterreich und Ungarn.

Immer wieder erscheint die innere politische Lage im habsburgischen Doppelreich rätselhaft und verschleiert. Blicken wir zunächst auf Ungarn, so sehen wir, daß die lange politische Krisis in dieser Reichshälfte der großen Donaumonarchie, welche der Kampf des Ministeriums Bekerle und der hinter ihm stehenden Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses mit der Krone um die nationalen, politischen und militärischen Forderungen der ungarischen Unabhängigkeitspartei erzeugt hatte, selbst jetzt noch fortwährt. Wohl war das Kabinett Bekerle im Januar 1910 schließlich zurückgetreten, aber sein Nachfolger, das Ministerium Khuen-Hedervary, sieht sich noch größeren Schwierigkeiten als die Bekerlesche Regierung gegenüber. Denn wenn sich auch die neue ungarische Regierung des Vertrauens des Kaisers und Königs Franz Josef erfreut, so stehen ihr dafür die Parteien des ungarischen Abgeordnetenhauses um so feindlicher gegenüber; hat doch der neue Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary das Abgeordnetenhaus, weil dessen Mehrheit seiner Regierung gleich von Anfang an mit unverhohlener Feindseligkeit gegenübertrat, alsbald bis auf weiteres wieder vertagen müssen. Und es ist nur eine Frage der nächsten Wochen oder höchstens Monate, daß der ungarische Reichstag aufgelöst wird, weil Graf Khuen-Hedervary in allgemeinen Neuwahlen die einzige Möglichkeit erblickt muß, sich eine gefügigere Volksvertretung zu verschaffen. Die Aussichten hierauf sind jedoch für ihn vorerst nichts weniger als günstige; hat er doch nicht einmal mit der vom Grafen Andrássy geführten Verfassungskonferenz, die doch immerhin noch am ehesten gewillt war, die neue Regierung zu unterstützen, zu einem Einverständnis gelangen können, da die Unterhandlungen Khuen-Hedervarys mit den leitenden Persönlichkeiten der Andrássyschen Partei über die Bildung einer Regierungspartei gescheitert sind. Dies hat nun den jetzigen ungarischen Ministerpräsidenten veranlaßt, sein erst neulich dem Kaiser und König Franz Josef eingereichtes Dimissionsgesuch zu erneuern und hierbei zugleich den vom Grafen Andrássy gemachten Vorschlag der Bildung eines Koalitionsministeriums Tisza-Andrássy-Rossuth zu empfehlen. Der greise Monarch wies

aber sowohl diesen Plan als auch das erneute Dimissionsangebot Khuen-Hedervarys zurück und versicherte ihm ausdrücklich seines königlichen Vertrauens. Graf Khuen-Hedervary muß also den Kampf mit den ungarischen Oppositionsparteien unter den schwierigsten Verhältnissen für ihn durchkämpfen, und es ist noch völlig ungewiß, wie dieser politische Feldzug endigen wird.

Ebenso rätselhaft wie die weitere Entwicklung der Dinge jenseits der Leitha, bleibt jedoch auch die fernere Gestaltung der innerpolitischen Lage in Oesterreich. Hier bildet nach wie vor der Streit zwischen Deutschen und Tschechen den Brennpunkt der gesamten Situation, von der Gestaltung des deutsch-tschechischen Verhältnisses hängt mehr oder weniger das Schicksal des österreichischen Reichsrats ab. Nun haben sich im böhmischen Landtag die Dinge abermals scharf zugespitzt, die erneuerten Verständigungsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen sind infolge des Starrsinns, mit welchem letztere an ihren maßlosen nationalen und politischen Forderungen festhalten, wiederum gescheitert, so daß der Prager Landtag, der kaum erst vor einer Woche zusammengetreten war, durch kaiserliches Reskript schon wieder auf unbestimmte Zeit hat vertagt werden müssen. Jetzt ist guter Rat teuer, da sich die Deutschen und Tschechen wiederum wie Hund und Katze gegenüberstehen und niemand vermag mit einiger Sicherheit zu prophezeien, welchen Ausgang diese fortwauernde schlechende österreichische Krisis nehmen wird. Zunächst werden die erwiesene Arbeitsunfähigkeit des böhmischen Landtags und sein hierdurch bedingter vorzeitiger Schluß zweifellos auch auf den österreichischen Reichsrat zurückwirken, der in der zweiten Februarhälfte wieder einberufen werden soll. Vermutlich wird die Wienertische Regierung dem Reichsrat nur das Rekrutenkontingent unterbreiten können und das Budget und die neuen Steuervorlagen abermals zurückstellen müssen, weil der Reichsrat unter dem Druck der deutsch-tschechischen Spannung schwerlich sonderlich arbeitskräftig werden wird.

Deutsches Reich.

Mit dem Fastnachtball im Berliner Schloß hat die diesjährige Saison der Goffestlichkeiten ihr Ende erreicht. Berlin amüsiert sich zurzeit

über den Kummer einer Reihe von Amerikanerinnen, die dem Kaiser grollen, weil sie keine Einladung zu den Hofbällen erhalten haben, trotzdem sie doch bei der Schleppe-Cour vorgestellt wurden. Nun ist es aber noch nie so gewesen, daß die bei der Schleppe-Cour vorgestellten unter allen Umständen Einladungen zu den Hofbällen erhielten, und wenn die Dollarprinzessinnen sich bereits teure Ballkleider in Paris hatten anfertigen lassen, so müssen sie sich den etwaigen Schaden selbst zuschreiben.

Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, wird nächsten eine Reise nach England antreten. Sie gilt dem Besuch König Eduards und mehrerer mit dem Prinzen Heinrich befreundeter Mitglieder der englischen Aristokratie und trägt durchaus privaten Charakter.

Ein gewisses Aufsehen erregt ein eigentümlicher Streit zwischen dem Herzog Ernst Günther, dem Bruder der deutschen Kaiserin, und dem Kreistag von Grabenstein in der Provinz Schleswig-Holstein. Der Hofbesitzer Hansen-Grabenstein hatte gegen die Gültigkeit der Wahlen im Wahlverband der größeren Grundbesitzer, dem auch der Herzog angehört, und speziell gegen die Wahl des Grundbesitzers Wohlers in Grabenstein Einspruch eingelegt. Der Kreistag hatte nun in geheimer Sitzung die Frage zu prüfen, ob Herzog Ernst Günther Mitglied eines regierenden Fürstenhauses ist oder nicht. In letzterem Falle mußte die Wahl verworfen werden. Nach mehrstündiger Beratung kam der Kreistag zu dem Beschluß, dem Einspruch stattzugeben und die Wahl aufzuheben, da das vorliegende Material zur Genüge beweise, daß dem Herzog Ernst Günther die vorerwähnte Eigenschaft nicht zustehe. Der Herzog hat daraufhin sofort den Bezirksauschuß angerufen.

Die Sozialdemokraten brachten im Reichstag einen Antrag auf Erhebung Elb-Lothringens zu einem selbständigen Bundesstaat ein.

Die neue feldgraue Uniform soll nach einer Meldung der „Schles. Ztg.“ im Felde und bei allen Gefechtsübungen getragen werden. Die bisherige Uniform dagegen soll weiter getragen werden als Paradeanzug, beim Garnisonwachdienst, beim Kirchgang, beim Gerichtsdienst, beim Ordonnanzdienst und als Ausgeh- und Gesellschaftsanzug.

In der Dienstagsitzung des weimarschen Landtags kam die Stellungnahme der weimarschen Regierung zur Schiffsabgaben-Vorlage infolge einer Anfrage des sozialdemokratischen Abg. Vaudert aufs Tapet. Der Departementschef Geh. Staatsrat Dr. Paulsen beantwortete die Interpellation mit einer längeren Erklärung. Er führte in ihr ungefähr aus, die großherzogliche Regierung habe die preussische Regierung in der Frage der Schiffsabgaben im Bundesrat deshalb unterstützt, weil sie den Ausbau der Wasserstraßen und eine einheitliche Regelung des Verkehrs als im Interesse des gesamten Reichs liegend gehalten habe. Der Gedanke gemeinsamen Zusammenschlusses sei ja auch der Grundgedanke bei der Gründung des Reichs gewesen. Die Befürchtung, die man hauptsächlich bezüglich der Schädigung der Industrie hege, sei völlig unbegründet, auch der Einwurf, daß die Eisenbahn den größten Nutzen von dem Gesetz haben würde, sei nicht gerechtfertigt, da der eventuelle Nutzen der Eisenbahn bei ihrem Etat gar keine Rolle spiele. Daß die Landwirtschaft den größten Vorteil von den Ab-

großen Mitarbeiter, und geringfügig für die Fortsetzung... in der Gegend ihrer Vertheilung...

werde kann ihren Lauf in die Welt nehmen, die... für sich gemacht, können treten in ihre...